Abend-Ausgabe. **Nr. 100.**

Berlin, Dienstag, den 28. Februar **1893.**

Dies Blatt erscheint zweimal täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. — Vierteljährlicher Abonnements-Preis: Für Berlin: 7 Mark 50 Pfennig, mit Botenlohn 8 Mark 50 Pfennig. — Für das deutsche Reich und für ganz Oesterreich: 9 Mark. — Die einzelne № wird mit 10 Pfennig berechnet.

Neue Preußische Zeitung.

Vorwärts mit Gott für König und Vaterland

Nr. 100. Abend-Ausgabe.

Berlin, Dienstag, den 28. Februar **1893.**

Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Berlin die Expedition der Neuen Preußischen Zeitung: W. Königgrätzer-Straße № 15. und die bekannten Spediteure.
Insertions-Gebühr für den Raum einer sechsgespaltenen Petitzeile 40 Pfennig.

Für den Monat März

beträgt der Bezugspreis für die Neue Preußische (Kreuz-) Zeitung für Berlin 2,50 Mk., mit Botenlohn 2,85 Mk., für das deutsche Reich und Oesterreich 3 Mk. Alle Post-Anstalten und Zeitungs Spediteure nehmen Bestellungen entgegen.

Wir bemerken hierbei, daß bei der Post nach Ablauf des ersten Monats im Vierteljahre Bestellungen auf zwei Monate, nach Ablauf des zweiten Monats im Vierteljahre Bestellungen auf einen Monat angenommen werden.

Telegraphische Korrespondenzen.

(Siehe auch dritte Seite.)

Wien, 28. Februar. (D. B. H.) Polnische Blätter kündigen aus Rußland das bevorstehende Erscheinen eines Ukas betreffs Umwandlung der deutschen Städtenamen Rewal und Narwa in Kolywan und Iwangorod an.

F **Pest,** 28. Februar. (Privat-Telegramm.) Heute zirkulirte im Abgeordnetenhause das Gerücht, Graf Tisza werde von der Ministerschaft am Allerhöchsten Hoflager zurücktreten, Präsident Baron Desider Banffy sei als Nachfolger in Aussicht genommen.

Paris, 28. Februar. (W. T. B.) Die gemäßigten republikanischen Journale sprechen sich zu der Antrittsrede Ferrys zustimmend aus, deren Mäßigung zeige, daß Ferry mit versöhnlichen und friedfertigen Gesinnungen zurückgekehrt sei; er wolle aus dem Senat weder den Hebel zu einem aktiven Vorgehen, noch ein Werkzeug der Zwietracht machen. Der „Radical" und der „Figaro" finden die Rede ebenfalls klug. Die radikalen Journale machen Ferry zum Vorwurf, daß er seine Politik nicht klar erkennen lasse, indem er die wieder vereinigten Monarchisten schone und Führer einer Politik des Widerstandes bleibe. Die konservativen Organe bezeichnen die Rede als nicht sehr hervorragend. Der Triumph Ferrys sei ein sehr bescheidener, denn er fürchte noch die öffentliche Meinung.

Brest, 28. Februar. (D. B. H.) Der Munizipalrath nahm den Vorschlag an, den Präsidenten Carnot gelegentlich des Besuches des russischen Geschwaders einzuladen.

London, 27. Februar. (W. T. B.) Unterhaus. Harcourt beantragte die erste Lesung eines Gesetzentwurfes, welcher die lokale Kontrole des Detailhandels mit geistigen Getränken durch direkte Volksabstimmung bezweckt. Nach dem Vorschlag sollen, wenn in einem Bezirke zwei Drittel der darüber Abstimmenden sich für Schließung der Schänken erklären, während dreier Jahre keine neuen Schankgerechtigkeiten gewährt und keine alten erneuert werden. Ausgenommen sind wirkliche Restaurationen und die dem Verkehr für wirkliche Reisende dienenden Hotels. Bezüglich der Schließung der Schänken an Sonntagen soll die einfache Majorität der Steuerzahler eines Distriktes entscheiden und der bezügliche Beschluß sofort in Kraft treten.

London, 27. Februar, Nachts. (W. T. B.) Unterhaus. Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde die erste Lesung des Gesetzentwurfs, betreffend die lokale Kontrole des Detailhandels mit geistigen Getränken, angenommen.

London, 28. Februar. (W. T. B.) Wie der „Standard" meldet, hat der Minister des Auswärtigen von Nicaragua telegraphisch die Nachricht von dem Ausbruche einer Krisis für unbegründet erklärt mit dem Hinzufügen, daß keine Emission von Papiergeld stattfinde. Das Land befinde sich in einer durchaus günstigen Lage.

London, 28. Februar. (H. T. B.) Die „Times" meldet aus Kairo, Lord Croner habe gestern dem Khedive beide englische Vertreter der Antisklavereigesellschaft vorgestellt. Der Khedive drückte dabei die Hoffnung aus, daß man die Grundsätze der Brüsseler Konferenz verwirklichen werde.

Rom, 27. Februar. (W. T. B.) Der „Osservatore Romano" veröffentlicht heute den Wortlaut der gestrigen Unterredung des Papstes mit dem österreichisch-ungarischen Spezialgesandten Grafen Revertera. Bei Ueberreichung des Glückwunschschreibens und der Geschenke des Kaisers Franz Josef erklärte Graf Revertera, dieselben seien ein Unterpfand der unabänderlichen Ergebenheit des österreichischen Kaiserhauses für den Papst und der kindlichen Liebe zu demselben. Der Papst erwiderte darauf, das Schreiben des Kaisers und die kostbaren Geschenke seien ein ersichtlicher Beweis der kindlichen Zuneigung und der Ergebenheit des Kaisers für ihn, den Papst. Kaiser Franz Josef zeichne sich durch hervorragende Frömmigkeit aus, daraus lasse sich folgern, daß der Kaiser die religiösen Interessen beständig schützen werde, was eine Quelle vieler Wohlthaten für Kirche und Staat sein werde. Zum Schluß spendete der Papst für den Kaiser und die Kaiserliche Familie seinen Segen.

Rom, 28. Februar. (D. B. H.) Der Papst empfing im besten Wohlsein die englischen Pilger unter der Führung des Herzogs von Norfolk und des Kardinals Vaughan; letzterer und der Bischof Clifford hielten lateinische Ansprachen. Der Papst antwortete darauf kurz und ließ eine längere Antwort verlesen. Darauf fand der Vorbeizug der Pilger in den geheizten Loggien statt.

Rom, 28. Februar. (D. B. H.) Nach einer aus Sansibar eingetroffenen Depesche soll der Sultan erkrankt sein.

Bukarest, 27. Februar. (W. T. B.) Senat. In der heutigen Sitzung wurde die mit Oesterreich-Ungarn abgeschlossene Konvention, betreffend den Schutz der Fabrikmarken, angenommen. Der Minister des Auswärtigen stellte fest, daß sich die handelspolitischen Beziehungen mit Oesterreich-Ungarn gebessert hätten. — Deputirtenkammer. Nach einer längeren Ausführung des Kultusministers wurde beschlossen, das Gesetz über die Weltgeistlichkeit in Erwägung zu ziehen.

Sofia, 28. Februar. (D. B. H.) Die bulgarische Donau-Flottille wird um zwei größere Dampfer vermehrt; beide werden auf der Pester Schiffswerft gebaut.

Washington, 27. Februar, Abends. (W. T. B.) Das Repräsentantenhaus lehnte den vom Senate angenommenen Antrag Shermans ab, nach welchem der Schatzsekretär ermächtigt wird, dreiprozentige, in 5 Jahren tilgbare Goldobligationen zu emittiren. Der Antrag wurde einer aus Mitgliedern der beiden Häuser des Kongresses gebildeten Kommission überwiesen.

New-York, 27. Februar. (W. T. B.) Man nimmt als sicher an, daß hinsichtlich der Frage wegen der Annexion Hawaiis bis zum Regierungsantritt Clevelands nichts entschieden werden wird.

Die kirchlichen Selbständigkeitsbestrebungen.

Am 18. d. M. bei Berathung des Kultusetats hat der Abg. Stöcker die Beschlüsse der letzten Generalsynode zur Sprache gebracht und an den Kultusminister die Frage gerichtet, ob die Staatsregierung geneigt sei, dieselben zur Ausführung zu bringen. Dr. Bosse hat ablehnend geantwortet: „Ich erkenne mit dem Abg. Stöcker an, so äußerte sich derselbe, daß die drei Wünsche, die sich auf die Selbständigmachung der evangelischen Kirche beziehen, verhältnißmäßig kleine sind und daß sie mehr einen arabeskenartigen Charakter haben, als daß sie eine erhebliche Aenderung des gegenwärtigen Rechtszustandes herbeizuführen geeignet sind. So gern ich bereit bin, den Wünschen der Generalsynode und der evangelischen Kirche entgegenzukommen, ist es vielleicht gerade dieser arabeskenartige Charakter, der es mir zur Zeit unmöglich macht, mehr zu thun, als bereits geschieht."

Der „Evangelisch-Kirchliche Anzeiger" knüpft an diesen Vorgang die Frage: „Sollte dieser Ausgang der Sache ohne Sang und Klang und ohne daß irgend ein Abgeordneter sich regte, das Ende der großen kirchlichen Selbständigkeits-Bewegung gewesen sein?"

Die Frage ist durchaus berechtigt, aber sie richtet sich an die falsche Adresse.

Die Abgeordneten haben ihre Schuldigkeit gethan. Mehr als fünf Jahre hindurch haben konservative Männer im Abgeordnetenhause und Herrenhause das Panier der Befreiung der evangelischen Kirche von staatlicher Gebundenheit hochgehalten. Trotz des heftigen Widerstandes von Seiten der Regierung und des seine Vergangenheit aus politischem Partei-Fanatismus vollständig verleugnenden Liberalismus hatten ihre Anträge eine tiefe und weit ausgreifende Bewegung in den evangelisch-kirchlichen Kreisen hervorgerufen. Auch die beiden Häuser des Landtages hatten sich eingehend mit der Frage beschäftigt. Im Herrenhause war der Antrag Kleist-Retzow in seiner allgemeinen Form mit großer Mehrheit angenommen. Aus den eingehenden Berathungen einer zu diesem Behufe eingesetzten Kommission war derselbe dann in Form eines Gesetzentwurfes hervorgegangen. Im Abgeordnetenhause war zwar die Berathung und Beschlußfassung des Antrages Hammerstein durch die Mittel der Geschäftsordnung von den Nationalliberalen verhindert worden, eine eingehende literarische Erörterung zwischen Herrn v. Rauchhaupt und Herrn v. Hammerstein hatte aber demnächst die Meinungen hinreichend geklärt, um erkennen zu lassen, daß für eine wirksame Förderung der auf größere Selbständigkeit der evangelischen Kirche gerichteten Bestrebungen auch im Abgeordnetenhause auf eine Mehrheit mit Sicherheit gerechnet werden konnte. Der Superintendent D. Rübesamen erkannte das auf der großen kirchlichen Versammlung zu Berlin am 26. April 1887 mit folgenden Worten an: „Wir danken es den theuren Männern v. Hammerstein und v. Kleist, daß sie in einer Zeit, wo Gefahr im Verzuge und keine Synode versammelt war, an rechter und zuständiger Stelle den Mund aufgethan, um in maßvoller Weise die begründeten Ansprüche der evangelischen Kirche geltend zu machen."

Aber den Anträgen der konservativen Politiker fehlte die Sanktion der Kirche; die Generalsynode hatte noch keine Gelegenheit gehabt, zur Sache Stellung zu nehmen; an ihr war es deshalb, als sie im Herbst 1891 zusammentrat, wenn anders sie ihre Pflicht erfüllen und ihrer Aufgabe gerecht werden wollte, mit Freimuth und Entschiedenheit die Anträge Hammerstein-Kleist zu den ihrigen zu machen und deren Vertretung und Erfüllung vom Kirchenregiment zu fordern. An nachdrücklichem Hinweis auf die entscheidende Bedeutung der von ihr zu fassenden Beschlüsse und an ernster Warnung vor falschem Optimismus hat es nicht gefehlt. So richtete die „Kreuzzeitung" an die Synode unter dem 10. November folgende Worte: „Nach einem Zwischenraum von 6 Jahren wird heute die Generalsynode der preußischen Landeskirche zu neuer Tagung wieder zusammentreten. Ihre Berathungen und Beschlüsse werden entscheidend sein für die weitere Entwickelung und das Schicksal der evangelischen Kirche überhaupt. Nicht die Vorlagen des Kirchenregiments, so wichtig dieselben auch sein mögen, sind es, welche der diesmaligen Tagung der landeskirchlichen Gesammtvertretung diese Bedeutung beilegen, sondern die Antwort auf die Frage: Wird die Generalsynode die Einsicht und den Muth haben, unbeirrt durch die starken Einflüsse, welche es versuchen werden, sie mit opportunistischen Beweggründen zum Schweigen zu bewegen, für die größere Selbständigkeit der evangelischen Kirche mit Entschiedenheit einzutreten — sie ist es, die in weiten evangelischen Kreisen mit Spannung erwartet wird und den Beschlüssen der diesjährigen Generalsynode eine Tragweite beilegt, die weit über die Grenzen Preußens hinaus empfunden wird — denn was in dieser Entscheidungsstunde in der preußischen Landeskirche geschieht, wird über kurz oder lang maßgebend sein für alle anderen evangelischen Landeskirchen."

Die Generalsynode hat die Warnung unbeachtet gelassen. Durch die liebenswürdigen Formen des Präsidenten des Oberkirchenraths und seine vage Versicherung, daß die Synode das felsenfeste Vertrauen haben dürfe, daß die Angelegenheit ihre Erledigung finden werde „zum wahren Wohle und Gedeihen und zur friedsamen Entwickelung unserer evangelischen Landeskirche" — hat sie sich bestimmen lassen zu Beschlüssen von minimaler jeder grundsätzlichen Bedeutung baarer Tragweite. Den Dank dafür hat sie am 18. d. M. aus dem Munde des Kultusministers eingeheimst: Wie schneidender Hohn auf diese Bescheidenheit, wenn auch sicher von Dr. Bosse nicht so gemeint, klingt seine Antwort an den Abg. Stöcker auf dessen Bitte um Erfüllung der „arabeskenartigen" Wünsche der Generalsynode.

Eine beispiellos günstige Situation ist unbenutzt gelassen: Fürst Bismarcks Widerstand gegen eine freiere und selbständigere evangelische Kirche war nicht mehr entscheidend. Mit ihm waren der damalige Kultusminister Herr v. Goßler und der Präsident des Oberkirchenraths D. Hermes aus ihren maßgebenden Stellungen geschieden. Die Generalsynode, in der wir zu unserer lebhaften Freude die bewährten Männer in großer Zahl wiederfanden, die schon früher durch Rede und Beschluß für den Sinn und Geist der Hammerstein-Kleistschen Anträge öffentlich eingetreten waren, stand neuen Männern und neuen Verhältnissen gegenüber. Hätte sie die Kraft gehabt, diese günstige Lage zum Heile der evangelischen Kirche mit Klugheit und Entschlossenheit auszunutzen, an gleicher Entschiedenheit und Bereitwilligkeit, die Konsequenzen aus ihren Beschlüssen in den gesetzgebenden Körperschaften zu ziehen würde es bei den Konservativen dann nicht gefehlt haben. So wie aber die Dinge jetzt liegen, werden die letzteren kaum geneigt sein, für „Arabesken" eine politische Aktion zu unternehmen; sie werden vielmehr abwarten, ob die im nächsten Jahre wieder zusammentretende Generalsynode selbst, durch die jüngsten Erfahrungen belehrt, mit größerer Entschiedenheit die Selbständigkeits-Ansprüche der evangelischen Kirche zur Geltung bringen wird.

Trotzdem verdienen die Vorgänge im Abgeordnetenhause am 18. d. M. die ernste Beachtung aller, denen das Wohl der evangelischen Kirche am Herzen liegt, und die davon durchdrungen sind, daß nur eine Befreiung von staatlicher Gebundenheit ihre Kräfte voll entfalten und sie befähigen kann, ihrer Aufgabe der christlichen Durchdringung unseres Volkslebens gerecht zu werden. Denn es bleibt doch die Thatsache bestehen, daß auch die bescheidensten Wünsche der evangelischen Kirche von der Staatsregierung unbeachtet bleiben, während man der katholischen Kirche allmählich fast die volle Freiheit wieder gewährt hat, die sie vor dem Kulturkampfe besaß. Vielleicht erleben wir es noch, daß in nächster Zeit zur Vervollständigung dieses Bildes die preußischen Stimmen im Bundesrath zu Gunsten der Aufhebung des Jesuitengesetzes abgegeben werden!

Hof- und Personal-Nachrichten.

* **Berlin,** 28. Februar. Vom Major v. Wißmann sind noch weitere Privatmittheilungen hierher gelangt, welche vom 31. Dezember datirt, also drei Tage jünger sind, als die von Frankfurt aus verbreiteten. Zunächst meldet darin der Reichskommissar nicht, daß er schon am Nyassa angekommen sei, sondern daß er diesen See in wenigen Tagen zu erreichen hoffe. Ferner ist in diesem Schreiben nichts von einer großen Niedergeschlagenheit und von schlimmen Befürchtungen zu merken. Allerdings erklärt Wißmann auch darin, daß sein Gesundheitszustand kein normaler sei; doch giebt er der Hoffnung bestimmten Ausdruck, daß er den Tanganika noch erreichen werde. Schon der Umstand, daß er sich zu solchen Erwartungen und zu diesem weitsichtigen Unternehmen aufrafft, läßt darauf schließen, daß sein körperliches Befinden ein noch ziemlich gutes ist; vielleicht tritt das im August erwähnte schleichende Fieber manchmal wieder auf. Dabei bleibt allerdings die Besorgniß immer bestehen, daß dieses latente Tropenfieber einmal zum vollen Ausbruch kommt und den Reisenden an jeder Thätigkeit hindert.

Se. Maj. der Kaiser und König unternahm gestern Nachmittag wieder eine Ausfahrt und verweilte dabei einige Zeit in der Kriegs-Akademie und später im Großen Generalstabe in der Moltke-Straße. Von dort begab sich der Kaiser nach Schloß Bellevue, um dort zu einem Spazierritte mit den Herren seiner Begleitung zu Pferde zu steigen. Gegen 6 Uhr kehrte Se. Majestät von dem Spazierritte nach dem Königlichen Schlosse zurück. Abends waren die Kaiserlichen Majestäten mit anderen hohen Herrschaften zu dem Gesellschafts-Abende im Königl. Opernhause anwesend und verweilten dort bis nach Schluß der Vorstellung.

— Heute früh 8 Uhr 54 Minuten hat sich Se. Maj. der Kaiser und König mit den Herren seiner militärischen Umgebung vom Militärbahnhofe aus nach Clausdorf begeben, um eine daselbst vom Eisenbahn-Regiment erbaute Feldeisenbahnbrücke eingehend zu besichtigen. Nachdem der Kaiser dort längere Zeit verweilt, traf er Nachmittags gegen 1 Uhr wieder auf dem hiesigen Militärbahnhofe ein. Gleich nach seiner Ankunft entsprach Se. Majestät einer Einladung des Offizier-Korps des Eisenbahn-Regiments Nr. 2 zur Tafel nach dem Kasino in der Potsdamerstr. 74 und kehrte von da zu Wagen ins Kgl. Schloß zurück. Nachmittags nach 4 Uhr gedenken die erlauchten Herrschaften den Bazar zum Besten des Kindergartens auf Helgoland in den Sälen der Kriegs-Akademie zu besuchen und auch dem während dieser Zeit veranstalteten Militär-Konzerte beizuwohnen.

— Ihre Majestät die Kaiserin und Königin hat gestern Nachmittag 2½ Uhr mit den 5 ältesten Kaiserlichen Prinzen eine Ausfahrt unternommen und den Zoologischen Garten besucht, wo sie mit den Kaiserlichen Söhnen längere Zeit verweilte.

— Bei den Kaiserlichen Majestäten wird, wie wir vernehmen, übermorgen, am 2. März, das sogenannte Botschafter-Diner im Kgl. Schlosse stattfinden, an welchem die am hiesigen Hofe beglaubigten Botschafter und andere Mitglieder des diplomatischen Korps Theil nehmen werden.

— Dem Vernehmen nach werden die Kaiserlichen Majestäten am 10. März der Einweihung der neuen Nazareth-Kirche beiwohnen.

— Die Erbprinzlich sachsen-meiningischen Herrschaften statteten gestern Mittag den Kaiserlichen Majestäten anläßlich des Vermählungstages derselben im Königl. Schlosse einen Besuch ab und folgten alsdann auch der Einladung des Kaiserpaares zur Theilnahme an der Frühstückstafel.

— Se. Kais. und K. Hoh. der Großherzog von Toskana wird am Freitag Nachmittags 1 Uhr 35 Minuten auf dem Anhalter Bahn aus Dresden, wo er bereits seit einiger Zeit weilt, zum Besuch in Berlin eintreffen und im Königlichen Schlosse Wohnung nehmen. Soweit bis jetzt bekannt, gedenkt der Großherzog einige Tage in Berlin Aufenthalt zu nehmen.

— Der Prinz Friedrich Karl Hohenlohe ist heute früh von Schloß Frankenstein hier eingetroffen und hat im Hotel Bristol Wohnung genommen.

— ⊙ Der Erbprinz von Montenegro hat, wie bereits kurz mitgetheilt, vorgestern in unserer Stadt verweilt. Er traf früh aus Petersburg ein und reiste Abends 8½ Uhr nach Wien weiter. Im Hotel „Minerva" hatte er sich unter fremdem Namen eingeschrieben und der Wirth erfuhr erst, nachdem der Erbprinz das Hotel verlassen hatte, welchen vielgenannten Gast er beherbergt hatte. Erst dann erhielt er auch vom Begleiter des Erbprinzen die Erlaubniß, die Thatsache der Oeffentlichkeit übergeben zu dürfen. Der Erbprinz hat hier keine offiziellen Besuche abgestattet, sondern sah sich Berlin an, über da er sich anerkennend äußerte.

— ⊙ Auf der russischen Botschaft findet heute Abend ein Diner von 40 Gedecken statt. Geladen ist unter anderen der französische Botschafter Herbette mit seiner Gemahlin.

— ⊙ Es ist jetzt die Zeit der großen Diners. Zum 1. März haben der Oberstallmeister Graf Wedel und der Minister des Königlichen Hauses v. Wedel, zum 2. März der Fürst zu Stolberg-Wernigerode, zum 3. März der Prinz Albert von Sachsen-Altenburg, zum 7. März der niederländische Gesandte van der Hoeven Einladungen ergehen lassen.

— Der Major Leutwein, aggregirt dem Infanterie-Regiment Graf Kirchbach (1. Niederschlesischen) Nr. 46, ist mit Urlaub hier eingetroffen. — Die Majors: Windt, à la suite des 4. thüring. Inf.-Regts. Nr. 72 und Inspizient der Waffen bei den Truppen, und Wollmar vom Kriegsministerium sind hierher zurückgekehrt. — Die Majors: Frhr. v. Schade, Bataillons-Kommandeur im Inf.-Regt. Graf Dönhoff (7. ostpreuß.) Nr. 44, und Breithaupt, Bataillons-Kommandeur im Inf.-Regt. Herzog von Holstein (holstein.) Nr. 85, sowie die Militär-Oberpfarrer: Konsistorialrath Bergmann vom 8. Armeekorps, Steinwender vom 15. Armeekorps, und Pahler vom 16. Armeekorps haben Berlin nach beendetem Urlaub verlassen.

— ⊙ Der amerikanische Gesandte in Kopenhagen, Clark E. Carr, ist gestern hier eingetroffen und im Reichshofe abgestiegen.

— Der „K. Z." wird aus Berlin geschrieben: Der Botschaftsrath bei der hiesigen russischen Botschaft, Graf Murawiew, ist zum Nachfolger des am 14. Februar in Kopenhagen verstorbenen russischen Gesandten am dänischen Hofe, Grafen Toll, ernannt worden. Graf Murawiew ist als Nachfolger des Herrn v. Arapow seit dem Jahre 1884 auf seinem hiesigen Posten als Botschaftsrath. Zur Zeit befindet er sich auf einem längeren Urlaub in Rußland. Da der hiesige Botschafter Graf Schuwaloff sich Ende dieser Woche auf längeren Urlaub nach Petersburg begiebt, um dort am Geburtstage des Zaren zugegen zu sein, so dürfte wohl der jetzige erste Botschaftssekretär Frhr. v. Budberg während dieser Urlaubszeit russischer Geschäftsträger hierselbst werden.

Reichstags-Nachrichten.

— Wie bereits früher gemeldet, drohen die Wähler des Zentrums im Wahlkreise Arnsberg-Meschede-Olpe, wo eine Nachwahl für den verstorbenen Abg. Dr. Reichensperger stattfindet, ganz auseinanderzugehen. Dem zuerst genannten Kandidaten, Rentmeister a. D. Böse, tritt der bekannte Redakteur Fusangel entgegen und neben ihm jüngst noch der Frhr. Engelbert v. Fürstenberg. Der letztere hat ein Programm erlassen, in dem er sich kirchlich als Zentrumsmann bezeichnet. Wirthschaftlich dagegen stehe er auf dem Boden der konservativen Partei:

„denn sie ist diejenige Partei, die am meisten die Interessen der ländlichen Bevölkerung fördert. Durch den Schutz und die Beförderung der Landwirthschaft wird auch Industrie, Handel und Gewerbe gefördert. Was die Armee anbelangt, so halte ich es im bewußten Maße für bedenklich, der Militärverwaltung als Laie entgegenzutreten, so lange die finanziellen Kräfte des Landes dadurch nicht überschritten werden. Wir müssen von unserer Militärverwaltung verlangen, daß sie unsere Armee in dem Stand hält, Frieden zu gebieten und etwaige Angriffe mit Erfolg abzuwehren. Was hierzu erforderlich ist, müssen wir bewilligen . . . Dabei braucht man nicht zu verkennen, daß die Steuerlast, welche die Armee bedingt, eine schwere und drückende ist, welche sicher nicht leichtsinnig und maßlos vermehrt werden darf. In Bezug auf die augenblickliche Militärvorlage haben aber z. B. Berechnungen ergeben, daß dadurch die Steuerlast, welche bisher 30 M. für den Kopf der Bevölkerung beträgt, auf 31,50 M. steigen würde. Man kann daher wohl nicht behaupten, daß diese Steigerung unerschwinglich sein werde. Wenn die Sicherheit des Vaterlandes, die Sicherheit von Haus und Hof es unabweislich erfordern sollten, würde diese Erhöhung getragen werden müssen."

Gegen Herrn Fusangel erlassen die beiden parlamentarischen Fraktionen des Zentrums nachstehende Erklärung:

Die „Deutsche Reichszeitung" zu Bonn veröffentlicht in ihrer Morgenausgabe von gestern einen Brief des Hauptschriftleiters der „Westfälischen Volkszeitung" zu Bochum, Herrn Johann Fusangel vom 11. d. M., an diejenigen, welche ihn für Peter Reichenspergers Nachfolge im Reichs- und Landtag ausersehen haben. In diesem Brief wird allerdings die Einigkeit des Zentrums in Parlament und Land, besonders auch in den Wahlkreisen Olpe-Meschede und Olpe-Meschede-Arnsberg als erstes Erforderniß betont. Gleichzeitig aber theilt Herr Fusangel aus einer an ihn gerichteten Zuschrift von da ohne Verwahrung mit, daß man seiner Kandidatur dort die Bedeutung beimesse, durch Aufstellung „einer Persönlichkeit, welche in den breiten Schichten des Volkes wurzele, welche mitten aus dem praktischen Leben heraus sich ein hinreichendes Verständniß für die unbefriedigende Lage des kleinen Mannes, des Handwerkers, des Arbeiters und des Landwirths erworben habe, welche endlich durch ihre Vergangenheit die Bürgschaft dafür biete, daß sie mit Umsicht und Energie für die wichtigsten Interessen der Wähler einzutreten entschlossen sei," der Gefahr „einer weiteren Verstärkung des juristisch-bureaukratischen Elementes in der Zentrums-Fraktion" zu begegnen. Herr Fusangel verwirft nun zwar das „Ausspielen des linken gegen den rechten Flügel der Partei", ohne jedoch der Annahme, daß solche „Flügel der Partei" wirklich vorhanden seien, entgegenzutreten. Im Gegentheil empfiehlt er sich selbst ausdrücklich als „linkestehenden Zentrumsmann" vorab der Geistlichkeit, durch die nach seiner Meinung „ein entschieden demokratischer Zug" gehe, als Kandidaten. Die Vorstände des Zentrums im deutschen Reichstag und im preußischen Haus der Abgeordneten können nicht dazu schweigen, daß ein Kandidat fürs Zentrum Gegensätze, welche den politischen Absichten und Wünschen der Widersacher rechts und links willkommen wären, als ausgemachte Sache hinnimmt und einen linken von einem rechten Flügel der Partei hier draußen unterscheidet; sie dürfen dem Aufkommen von Kandidaturen eines sogenannten rechten oder eines sogenannten linken Flügels der Partei, an Stelle des Zentrums schlechtweg, nicht unthätig zusehen. Vielmehr müßten dieselben, zumal inzwischen seitens eines Vereins in Fredeburg die Aeußerung der Fraktion im Drahtwege verlangt ist, im Einvernehmen mit beiden Fraktionen hiermit aufs bestimmteste erklären:

Wir lehnen die Unterscheidung zwischen einem sogenannten rechten und einem sogenannten linken Flügel des Zentrums, sowohl für das Land, als für den Reichstag und den Landtag ab.

Wer eine andere Stellung nimmt tritt damit außerhalb des Zentrums und kann als Kandidat des Zentrums unsererseits nicht anerkannt werden.

Berlin, den 22. Februar 1893.

Die Vorstände der Fraktionen des Zentrums
im Deutschen Reichstag und im Preußischen Haus der Abgeordneten: In Abwesenheit des Vorsitzenden dessen Stellvertreter: Conrad Graf Preysing. Der Vorsitzende: Dr. Frhr. v. Heereman. Frhr. v. Buol-Berenberg. Dieden. Gröber. Frhr. v. Huene. Kehler. Kochann. Dr. Lieber. Viktor Graf Matuschka. Dr. Porsch.

— Zur Reichstagswahl in Liegnitz erklärt der sozialdemokratische „Vorwärts": „Der Antisemit könnte dem Freisinn nur gefährlich werden, wenn die sozialdemokratischen Wähler geschlossen zu ihm übergingen. Daß dieses aber geschieht, ist einfach ausgeschlossen. Soweit wir die Stimmung unserer Genossen im Wahlkreise kennen, ist man dort entschlossen, sich an dem Stichwahlkampf überhaupt nicht aktiv zu betheiligen. Wo aber unsere Leute zur Wahl gehen werden, und die Mehrheit derselben kann schon um ihrer wirthschaftlichen Abhängigkeit willen nicht von der Urne fortbleiben und sich damit demonstrativ zur Sozialdemokratie bekennen, da werden diese Wähler freisinnige Stimmzettel abgeben. Um der schönen Augen der Freisinnigen willen geschieht dies nicht. Daß aber ein Sozialdemokrat einem Rassenhetzer, Lebensmittelzöllner und Anhänger der Militärvorlage seine Stimme geben könnte, ist undenkbar." Diese Haltung entspricht nur der bisher stets von den Sozialdemokraten befolgten Praxis. Sie ist auch für eine Partei, der die politisch-demokratische Sache weit höher steht, als alle wirklich sozialen Gesichtspunkte, durchaus folgerecht. Der Freisinn ist natürlich über diese geistesverwandte Hülfe, die ihm in Aussicht gestellt wird, sehr siegesgewiß. — Der Führer der Konservativen, Rechtsanwalt Pallaske in Liegnitz, erläßt eine Erklärung in den Liegnitzer Blättern, in der es heißt: „Für meine Person erkläre ich, daß ich bei der Stichwahl mich der Abstimmung enthalten werde. Ich entspreche dem Wunsche meiner zahlreichen Gesinnungsgenossen, wenn ich gleichzeitig allen Parteifreunden warm empfehle, das Gleiche zu thun. Daß wir für den freisinnigen Kandidaten eintreten, ist ausgeschlossen, ausgeschlossen ist aber ein Sieg des deutschsozialen Kandidaten ohne die Unterstützung der sozialdemokratischen Partei, und daß sich hierbei konservative Männer und Sozialdemokraten zusammenfinden, dieses Schauspiel möchten wir, von allen anderen Gründen abgesehen, unserem Wahlkreise und unserer Partei erspart wissen." Die Aussichten für die Antisemiten dürften demnach recht schwach sein.

— ≈ Die Kommission für die Berathung des vom Abg. Rintelen eingebrachten Gesetzentwurfes, betreffend die Abänderung der Konkursordnung beschäftigte sich in ihrer heutigen Sitzung zunächst mit der Berathung des ihr gleichzeitig überwiesenen Antrages Ackermann, in dessen Nummer 7 eine gesetzliche Bestimmung dahin verlangt wird, „daß aus der Bezeichnung jedes kaufmännischen oder gewerblichen Geschäfts das Geschlecht und der Name des Inhabers erkennbar sein muß." Abg. Gröber (Zentr.) will, daß diese Vorschrift lediglich für jedes im Handelsregister nicht eingetragene gewerbliche Geschäft gelten soll. Von freisinniger Seite werden beide Anträge bekämpft. Eine derartige Bestimmung für kaufmännische Geschäfte sei undurchführbar und für das Handwerk sei sie überflüssig. Die verbündeten Regierungen haben, wie deren Vertreter erklärt, zu den vorliegenden Fragen Stellung noch nicht genommen. Jedenfalls würden die Anträge einen sehr schweren Eingriff in das bestehende Recht zur Folge haben. Die Abstimmung ergiebt die Ablehnung beider Anträge.

— ≈ Die Wahlprüfungs-Kommission hat heute die Wahl des Abg. v. Gelmar (1. Bromberg, kons.) mit 7 gegen 4 Stimmen für gültig erklärt.

K **Liegnitz,** 27. Februar. Ahlwardt ist heute hier eingetroffen und von einer großen Menge empfangen worden; er spricht heute in Goldberg, morgen und übermorgen in Liegnitz, am 9. und 10. März in Breslau, am 11. März in Strehlen, darauf an mehreren Tagen in Oberschlesien. Seitens des konservativen Wahlvereins liegt eine Parole für die Stichwahl noch nicht vor.

† **Eisleben,** 27. Februar. Eine öffentliche Versammlung, einberufen von dem „Reichstreuen Berg- und Hüttenmanns-Verein", fand gestern hier statt. Es wurde eine Resolution an den Reichskanzler Grafen v. Caprivi und an den Reichstag beschlossen, worin es heißt: „Wir stehen unerschütterlich in Liebe und Treue zu Kaiser und Reich und sind überzeugt, daß das Bestehen und die Sicherheit Deutschlands eine Verstärkung unserer Wehrkraft dringend erfordert." Diejenige an den Reichstag enthält noch folgende Bitte: „In dem ausgezeichneten nationalen und patriotischen Sinne seine Entscheidung zu treffen zum Heile des Vaterlandes."

Chemnitz, im Februar. Der „Städtische Verein" nahm (laut des „Chemn. Tagebl.") in seiner jüngsten Sitzung nach einem Vortrage des Oberpfarrers D. Grane folgende, von Prof. Dr. Müller beantragte Resolution einstimmig an: „Zur Sicherheit des Deutschen Reiches, zur Sicherstellung des Friedens halten wir die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht auf Grund der gesetzlichen zweijährigen Dienstzeit für die Fußtruppen und die fahrende Artillerie für unbedingt erforderlich. Wir geben im Falle der Auflösung des Reichstages keinem Abgeordneten unsere Stimme wieder, der durch Ablehnung der Militär-Vorlage das Vaterland Gefahren aussetzt. Die Sicherheit des Vaterlandes steht uns höher, als das Interesse irgend einer Partei."

Meißen, 28. Februar. (D. B. H.) In einer Versammlung des „Reichstreuen Vereins" wurde eine Resolution angenommen, worin es dem Reichstage zur Pflicht gemacht wird, eine Einigung mit der Reichsregierung bezüglich der Militärvorlage zu finden. Der Beschluß wurde sofort telegraphisch nach Berlin gesandt.

Aus der Militär-Kommission des Reichstages.

≈ Die finanziellen Erörterungen der Kommission haben im wesentlichen folgende Momente ergeben, welche zur Beurtheilung der Finanzlage des Reiches in der nächsten Zeit in Betracht kommen:

I. Fortdauernde Mehrausgaben: a. die Heeresverstärkung nach der Militärvorlage würde außer den dafür in Ansatz gebrachten 64 Millionen Mark eine Steigerung der Pensionslast ergeben, welche nach Erreichung des Beharrungszustandes in etwa 20 Jahren eine Summe bis zu 5 Millionen Mark erfordert; abgesehen von 2400000 M. Schuldzinsen im Falle der Bewilligung der einmaligen Ausgaben der Heeresverstärkung; b. Mehrkosten können entstehen durch Schaffung von Feldwaffendepots zur Entlastung der Kontrole des Kriegsministeriums über das zunehmende Waffenmaterial; c. das Aufhören der Manquements an Offizieren von der gegenwärtigen etatsmäßigen Zahl beziehungsweise die Verminderung des Manquements an Assistenzärzten um ein Fünftel der gegenwärtigen Manquements bedingt Mehrausgaben zum Betrage von 530000 M.; d. eine Erhöhung des Bedarfs an Unteroffizierprämien ist zu erwarten nach zehn Jahren in Höhe von etwa 585000 M.; e. eine Erhöhung des Pensionsfonds ist auch abgesehen von der beabsichtigten Heeresverstärkung und abgesehen von den Betriebsverwaltungen für die nächsten fünf Jahre zu erwarten im Betrage von jährlich 2 Millionen Mark; f. eine Erhöhung der Reichszuschüsse zur Invaliditäts- und Altersversicherung wird voraussichtlich im Etatsjahr 1894/95 eintreten im Betrage von 3000000 M. und im Laufe der fünf Jahre 1894/99 im ganzen zum Betrage von 17200000 M.; g. die planmäßig eingeleitete Vermehrung des Personals der Marine läßt für 1894/95 und 1895/96 eine Erhöhung der Marineausgaben von zusammen **1876000 M.** erwarten. Nicht einbegriffen hierin sind die Kosten der Personal-Vermehrung aus Anlaß der im Etat für 1892/93 und nachher bewilligten Schiffs-Vermehrung. Ebenso wenig sind einbegriffen